

# Zusammenfassung des Tätigkeitsberichts für das Studienjahr 2024/25

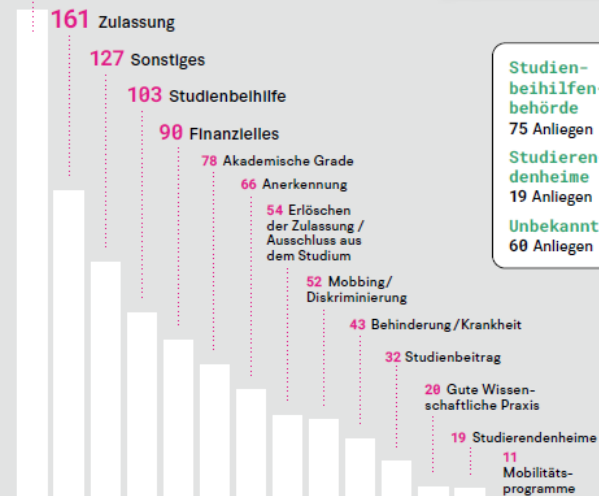
Der Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Studierende im Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF) informiert ausführlich über die Tätigkeiten und Entwicklungen im Studienjahr 2024/25. Er umfasst statistische Daten, Erläuterungen zu Anliegen und deren thematischen Kategorien, sowie wichtige Ergebnisse und entwickelte Vorschläge zur Verbesserung bestehender Gesetzesgrundlagen und Verfahren im Bereich der Hochschulbildung. Im vergangenen Studienjahr wurden 775 Anliegen eingereicht, die sich auf verschiedene Themen wie Studienbedingungen, Zulassung, Studienbeihilfe und Studienbeiträge, Finanzielles und Anerkennung von Leistungen konzentrierten. Jedes Anliegen kann dabei mehrere Haupt- und Subthemen betreffen. Die 775 Anliegen wurden insgesamt 1103 Hauptthemen zugeordnet.

## Zahlen

Studienjahr 2024/25

14 Themengebiete  
**1.103** Zuordnungen zu Hauptthemen

**247** Studienbedingungen



**77** Hochschulische Bildungseinrichtungen  
**775** Anliegen

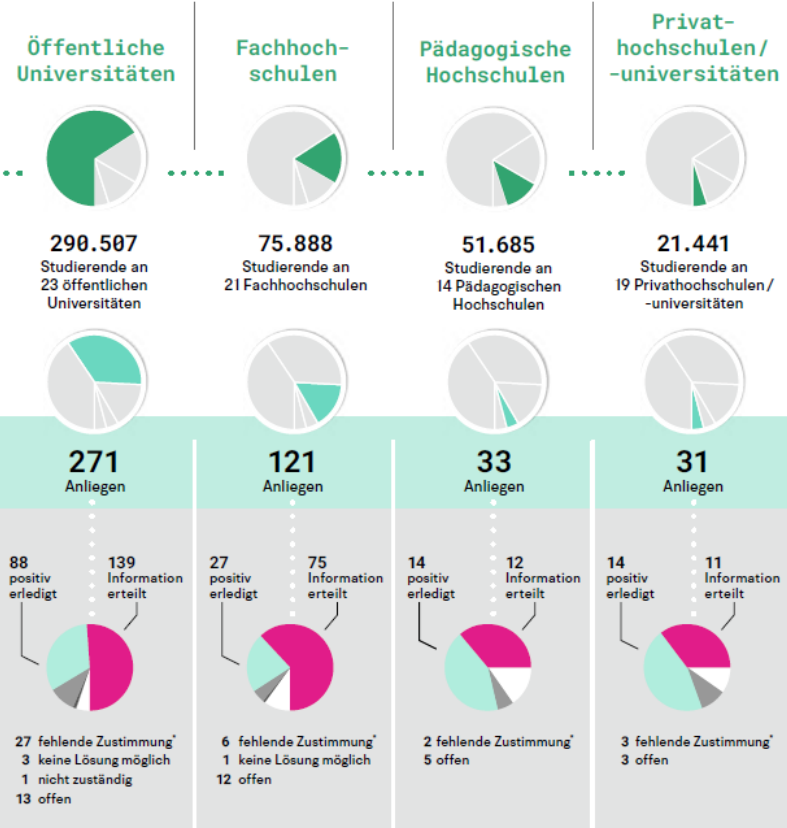
**Studienbeihilfenbehörde**  
75 Anliegen  
**Studierendenheime**  
19 Anliegen  
**Unbekannt**  
60 Anliegen

**312** Anliegen

§ 27 Institutionen  
5 Anliegen

**Institutionen**  
153 Anliegen  
80 öffentliche Einrichtungen  
29 ausländische Bildungseinrichtungen  
13 Sonstiges  
12 Aufenthaltsbehörden  
11 private Weiterbildungseinrichtungen  
4 Konservatorien  
3 Versicherungen  
1 Förderstellen

439.494 Studierende



\* Anliegen wegen fehlender Zustimmungserklärung nicht weiter bearbeitbar

Häufige Themen bei den Anliegen waren:

- **Studienbedingungen:** Fragen und Probleme zur Lehre, Leistungsbeurteilungen, Prüfungsbedingungen, Curriculumsänderungen, Studierbarkeit und Vereinbarkeiten mit anderen Verpflichtungen
- **Zulassung:** Anliegen betreffend Durchführung von Aufnahmeverfahren und Zulassungen mit ausländischen Bildungsabschlüssen
- **Sonstiges:** vielfältige Themenfelder wie z.B.: Fragen zu Aufenthaltstiteln, allgemeine Studienberatung oder Umstieg vom Studium zur Arbeitssuche
- **Studienbeihilfe:** Anliegen zur Klärung der Voraussetzungen für den Bezug von Studienbeihilfe und zu Rückzahlungsaufforderungen
- **Finanzielles:** Fragen zu finanziellen Unterstützungsmodellen, die über die Studienbeihilfe hinausgehen, wie Stipendien und Beihilfen sowie Fragen zur Familienbeihilfe
- **Akademische Grade:** Bewertung, Führung und Eintragung ausländischer akademischer Grade sowie Nostrifizierungen
- **Anerkennung:** Anfragen zur Anerkennung von Prüfungs- und Studienleistungen sowie zu den Voraussetzungen und Grenzen der Anerkennung, Rechtsmittel und Fristen
- **Erlöschen der Zulassung:** Fragen zum automatischen Erlöschen der Zulassung wie z.B. bei Nichtzahlung des Studien- und ÖH-Beitrages oder nach negativer Beurteilung der letzten zulässigen Prüfungswiederholung
- **Mobbing/Diskriminierung:** Anliegen betreffend Mobbing, Diskriminierung aufgrund diverser Diskriminierungstatbestände sowie Fälle von sexueller Belästigung
- **Behinderung/Krankheit:** Anfragen zu abweichenden Prüfungsmethoden und zum barrierefreien Zugang zu Räumlichkeiten oder Leistungen der hochschulischen Bildungseinrichtungen
- **Studienbeitrag:** Rückerstattung, Erlass oder Höhe des Studienbeitrags
- **Gute Wissenschaftliche Praxis:** Fragen zu vermutetem wissenschaftlichen Fehlverhalten, Divergenzen im Betreuungsverhältnis, Verwendung unerlaubter Hilfsmittel
- **Studentenheime:** Anliegen zu den Inhalten von Benützungsverträgen sowie Rechten und Pflichten der Heimvertretung
- **Mobilitätsprogramme:** Fragen zur Finanzierung oder allgemeine Fragen zu Auslandsaufenthalten

Im Rahmen ihres jährlich dem Nationalrat vorzulegenden Berichts erstattet die Ombudsstelle für Studierende basierend auf den Anliegen des Berichtszeitraums Vorschläge an den Gesetzgeber und die Organe und Angehörigen der hochschulischen Bildungseinrichtungen.

Im Tätigkeitsbericht des Studienjahres 2024/25 wurden folgende Vorschläge aufgenommen:

# Vorschläge

Schwerpunktthema

## Wissenschaftliche Integrität

### Vorschläge an den Gesetzgeber

- \* Verständigungspflicht bei Anzeigen gemäß §§ 116 UG und 32 HS-QSG
- \* Meldung von durchgeführten und abgeschlossenen Verfahren an Hochschulen zu wissenschaftlichem Fehlverhalten (vgl. § 2a HS-QSG) sowie Widerruf von Verleihungen akademischer Grade (§ 89 UG, § 67 HG, § 10 Abs. 4 Z 4 FHG)

### Vorschlag an die Organe

- \* Aufnahme von Bestimmungen zu KI-Nutzung in Lehrveranstaltungsbeschreibungen

Schwerpunktthema

## Internationale Studierende

### Vorschläge an den Gesetzgeber

- \* Regelung des Vorgehens bei einer Vielzahl an Zulassungsanträgen
- \* Neuerliche Antragstellung auf Nostrifizierung an anderer Universität nach Fristablauf
- \* Sprachnachweise gemäß § 63 Abs. 10b UG
- \* Klarstellung des Verständnisses der wissenschaftlichen Tätigkeit im Ausländerbeschäftigungsgesetz und der Auslegung durch hochschulische Bildungseinrichtungen

### Vorschlag an die Organe

- \* Onboarding Internationaler Studierender
- \* Nostrifizierungen

Allgemeine

## Vorschläge an den Gesetzgeber

- \* Verständnis von Lehrveranstaltungen mit prüfungsimmanentem Charakter UG/HG
- \* HS-QSG Frist für den Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Studierende
- \* Gesetzliche Festsetzung der Vertraulichkeit der Ombudsstelle für Studierende
- \* Wegfall der gesundheitlichen Eignung

## Vorschläge an Organe/Angehörige

von hochschulischen Bildungseinrichtungen

- \* Zuordnung von ECTS-Anrechnungspunkten bei außerordentlichen Studien

## Vorschläge der Ombudsstelle für Studierende im Rahmen der Erarbeitung des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung gegen Gewalt an Frauen

- \* Aufnahme eines Verweises auf das Bundesgleichbehandlungsgesetz in das Hochschulgesetz
- \* Klarstellung des Gefährdungsbegriffs

Auch im heurigen Tätigkeitsbericht werden Umsetzungen von Vorschlägen aus früheren Tätigkeitsberichten durch den Gesetzgeber im Bericht dargestellt:

## Vorschläge aus früheren Tätigkeitsberichten

- Klarstellung der **Frist zur Anerkennung** wissenschaftlicher und künstlerischer Arbeiten
- Angleichung der **Fristen zur Verleihung** von akademischen Graden im FHG
- **Begründungspflicht** bei der Ablehnung von Anerkennungsanträgen im FHG

Die nachfolgenden Vorschläge wurden im **Tätigkeitsbericht zum Studienjahr 2023/24** ausformuliert. Detaillierte Beschreibungen und dazugehörige Anliegen finden sich dort. Nachfolgend werden diese Vorschläge erneut aufgegriffen und in Kürze dargestellt.

### Vorschläge an den Gesetzgeber

#### Fachhochschulgesetz

- ★ Festlegung einer **Mindestanzahl von Wiederholungsmöglichkeiten** schriftlicher Arbeiten

Die Ombudsstelle für Studierende schlägt vor, im FHG für alle Fachhochschulen explizit eine Mindestanzahl von zwei Wiederholungsmöglichkeiten, gleich den Wiederholungsmöglichkeiten für Prüfungen, bei schriftlichen Abschlussarbeiten vorzusehen.

- ★ **Verpflichtender Nachteilsausgleich** im Rahmen des Aufnahmeverfahrens an Fachhochschulen

Es wird vorgeschlagen, in § 11 FHG ein Recht auf ein abweichendes Aufnahmeverfahren bei Nachweis einer Behinderung aufzunehmen, wenn die Inhalte und Anforderungen des Aufnahmeverfahrens durch die abweichende Methode nicht beeinträchtigt werden.

#### Fachhochschulgesetz/Privathochschulgesetz

- ★ Regelungen zur **Neuausstellung von akademischen Graden** an Privathochschulen/Privatuniversitäten und Fachhochschulen

Die Ombudsstelle für Studierende schlägt vor, in das PrivHG und FHG analoge Regelungen zu § 87 Abs. 3a UG/§ 65 Abs. 3a HG aufzunehmen, wonach auf Antrag von Absolvent:innen neue Urkunden zu den verliehenen akademischen Graden auszustellen sind, sofern diese eine Geschlechtsänderung durch Vorlage einer Personenstandsurkunde nachweisen.

#### Studentenheimgesetz

- ★ Fristen für die **Gewährung von Rechten** in § 8 StudHG

Die Ombudsstelle für Studierende schlägt zur Durchsetzbarkeit von im StudHG verankerten Rechten der Heimvertretung vor, Fristen für die Gewährung der Rechte des § 8 StudHG in das Gesetz aufzunehmen.

#### Sonstiges

- ★ Personengruppenverordnung – **Zeitpunkt für Gleichstellung**

Vorgeschlagen wird § 1 Z 3 PersGV wie folgt abzuändern:

*Für die Ermittlung des Vorliegens der besonderen Universitätsreife im Rahmen des Zulassungsverfahrens gelten Reifezeugnisse folgender Personen als in Österreich ausgestellt: [...] 3. Personen, die entweder selbst wenigstens fünf zusammenhängende Jahre unmittelbar vor der erstmaligen Zulassung zu einem Studium an einer Pädagogischen Hochschule oder einer Universität oder einer Fachhochschule in Österreich ihren Hauptwohnsitz in Österreich hatten oder die mindestens eine gesetzliche Unterhaltspflichtige oder einen gesetzlichen Unterhaltspflichtigen haben, bei der oder bei dem dies der Fall ist; [...]*

#### Studienbeitragsverordnung – Nachweis gleichartiger Betreuungspflichten

Die Ombudsstelle für Studierende schlägt eine Umformulierung des § 4 Abs. 2 Z 4 StubeiV vor, wonach neben der eidesstattlichen Erklärung weitere geeignete Nachweise gefordert werden können. Zur besseren Verständlichkeit für Studierende wird im Gegenzug vorgeschlagen, dass Universitäten und Pädagogische Hochschulen in den rechtlichen Grundlagen die geeigneten Unterlagen entsprechend definieren.

### Vorschläge an die Organe/Angehörigen von hochschulischen Bildungseinrichtungen

- ★ Zentrale **Aufbewahrung von Beurteilungsunterlagen** an der jeweiligen Fakultät

Um sicherzustellen, dass das Recht auf Einsichtnahme auch im Fall von längeren Abwesenheiten gewährleistet ist, schlägt die Ombudsstelle für Studierende vor, die Aufbewahrungspflicht gemäß § 84 UG (§ 44 HG) so auszugestalten, dass eine Aufbewahrung der Beurteilungsunterlagen zentral an der jeweiligen Organisationseinheit erfolgt.

- ★ **Erweiterung des Barrierefreiheitsbegriffs** in § 65a Abs. 3 2. Satz, § 71b Abs. 7 Z 4 letzter Satz Universitätsgesetz und § 52e Abs. 3 2. Satz Hochschulgesetz

Die Ombudsstelle für Studierende schlägt vor, dass hochschulische Bildungseinrichtungen den gesetzlich vorgesehenen Rahmen nutzen und auch andere Maßnahmen als (Sprach-)Assistenz für barrierefreie Aufnahmeverfahren vorsehen.

Die Ombudsstelle für Studierende organisiert in regelmäßigen Abständen virtuelle Veranstaltungen, die als 30-minütige Austauschformate konzipiert sind. Zu aktuellen, für Ombudsstellen relevanten Themen werden Vortragende eingeladen, die mit einem kurzen Input zu dem jeweiligen Thema hinführen. Anschließend bietet sich die Gelegenheit für Diskussion und Austausch. Vorgestellt wurden von der *Behindertenanwältin* die Aufgaben und Kompetenzen der Behindertenanwaltschaft im Hochschulbereich; die *Verbraucherschlichtung Austria – Schlichtung für Verbrauchergeschäfte* gab einen Einblick in deren Aufgaben und Kompetenzen; die Tätigkeit der *Anlaufstellen für Personen mit im Ausland erworbenen Qualifikationen (AST)* zum Thema Nostrifizierung von ausländischen Hochschulabschlüssen wurde dargestellt; die Leiterin des *Office of the Student Ombuds an der University of Alberta* und ehemalige Präsidentin der *Association of Canadian College and University Ombudspersons (ACCUO)*, gab spannende Einblicke in das Ombudswesen in Kanada und stellte eine praktische Methode für Ombudspersonen vor; und eine Präsentation der Gender Equality and Diversity Officer an der *Central European University, CEU*, über zentrale Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Projekt GenderSAFE und wie mit Anfragen und Anliegen zu geschlechterspezifischer Gewalt im Studierendenalltag umgegangen werden sollte war ebenso Teil der virtuellen Austauschformate.

Aufgrund des großen Erfolgs der *Intervision*, also der kollegialen Beratung, beim jährlichen Netzwerktreffen wird dieses Format fortan alle zwei Monate ab Oktober 2025 für die studentischen Ombudspersonen virtuell angeboten.

Im Studienjahr 2023/24 wurde gemeinsam mit der ÖAWI eine informelle internationale Austauschplattform für transnationale Fälle von mutmaßlichem wissenschaftlichem Fehlverhalten gegründet. Die ersten Ergebnisse aus diesem Austausch wurde im vergangenen Studienjahr unter dem Titel „Orientierungshilfe zur transnationalen Fallbearbeitung (OTF)“ veröffentlicht. Die dabei gesammelten Erfahrungen wurden bei der Konferenz des European Network of Research Integrity Offices (ENRIO) 2025 in Ljubljana/Slowenien vorgestellt.

<https://oeawi.at/otf/>

Besondere Schwerpunktthemen im Studienjahr 2024/25 waren das Interdisziplinäre Treffen zum Thema „Digitale Kultur und wissenschaftliche Integrität“, wobei im Fokus die aktuellen Entwicklungen, rechtliche Neuerungen und der Umgang mit KI an Hochschulen standen, sowie die Tagung zum Thema „Bildung ohne Grenzen: Erfolgsfaktoren für internationale Studierende“, mit Fokus auf aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze für internationale Studierende in Österreich, insbesondere bei Zulassung, Onboarding und Nostrifizierung.

Zu beiden Schwerpunktthemen wurden Veranstaltungen von der Ombudsstelle für Studierende organisiert.

Der vollständige Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Studierende für das Studienjahr 2024/25 steht barrierefrei auf der Webseite zum Download bereit:  
<https://hochschulombudsstelle.at/publikationen/>